



Wolfgang Huber

Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild

WillyWilly
BrandtBrandt
VorlesungLecture
2010

Bundeskanzler |
Willy Brandt | Stiftung

Schriftenreihe
Heft 23

HERAUSGEBERIN

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

KARSTEN BRENNER, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*
PROF. DR. DIETER DOWE
PROF. DR. KLAUS SCHÖNHOVEN

REDAKTION

DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT (*Geschäftsführer*)
DR. BERND ROTHER
DR. WOLFGANG SCHMIDT
JULIA BÖH

Schriftleitung: DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT

© 2011 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Forum Willy Brandt Berlin

Unter den Linden 62-68
D-10117 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Königstraße 21
D-23552 Lübeck
Tel.: 0451 / 122425-0
Fax: 0451 / 122425-9
info@willy-brandt-luebeck.de
www.willy-brandt-luebeck.de

GESTALTUNG

Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK

allprintmedia GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2011
ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-22-5

Bischof a. D.
Prof. Dr. Wolfgang Huber

Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild

Willy Brandt Lecture 2010 am 7. Dezember 2010
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 23

Die Willy Brandt Lecture ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und der Humboldt-Universität zu Berlin. Einmal im Jahr wird eine herausragende Persönlichkeit von internationalem Renommee aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Kultur dazu eingeladen, an der Humboldt-Universität einen Vortrag zu halten und dabei – unter Bezugnahme auf das Erbe Willy Brandts – Themen der Zeitgeschichte und Politik aufzugreifen, die für unsere Gegenwart und Zukunft wie für das Verständnis unserer Vergangenheit von zentraler Bedeutung sind.

Die Veranstaltungsreihe Willy Brandt Lecture wird finanziell gefördert durch die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft in Hamburg.

INHALT

Willy Brandt – Stationen seines Lebens	6
Michael Linscheid Grußwort des Vizepräsidenten der Humboldt-Universität für Forschung	8
Karsten Brenner Grußwort des Vorsitzenden des Vorstandes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung	12
Willy Brandt Lecture 2010 Wolfgang Huber Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild	16

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950-1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrevorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

MICHAEL LINSCHIED

Grüßwort des Vizepräsidenten der Humboldt-Universität für Forschung

Sehr geehrter Herr Professor Wolfgang Huber,
sehr geehrter Herr Vorsitzender Brenner,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine große Freude, Sie heute zu unserer dritten Willy Brandt Lecture der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und der Humboldt-Universität zu Berlin begrüßen zu dürfen. Nachdem wir vor nunmehr zwei Jahren Herrn Weltbankpräsidenten Robert Zoellick und im vergangenen Jahr den Generaldirektor der IAEO, Mohammed ElBaradei, als Redner gewinnen konnten, freut es mich sehr, heute mit Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Huber, wieder einen herausragenden Vortragenden willkommen zu heißen. Zumal nun mit diesem Jahr, wie mit Sicherheit hinlänglich bekannt, ein für die Humboldt-Universität ganz besonderes Jahr zu Ende geht: Das 200-jährige Jubiläum unserer Universität haben wir mit einer Fülle von Veranstaltungen aller Art würdig gefeiert, und auch diese dritte Willy Brandt Lecture reiht sich aufs Trefflichste in die diesjährigen Jubiläumsfeierlichkeiten ein.

Der heutige Vortrag trägt den Titel „Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild“ – angesichts der Debatten in Politik und Medien ein aktuelles Thema. Ein Thema, das aber auch für die Humboldt-Universität von zentraler Bedeutung ist – oder?

Ist Integration ein Thema, das die Humboldt-Universität oder, vielleicht noch genereller, die Universitäten wirklich beschäftigt?

Ja, das stimmt: Die Humboldt-Universität legt größten Wert auf die Internationalität und ist zugleich bestrebt, eine Internationalität im Denken der Studierenden zu fördern. Darin fühlen wir uns nicht zuletzt den Gründern und Namensstiftern unserer Universität, Wilhelm und Alexander von Humboldt, besonders verpflichtet und verbunden. Steht Wilhelm von Humboldt in erster Linie für die Bedingtheit von Forschung und Lehre, bekräftigte sein Bruder Alexander zusätzlich die kosmopolitische Dimension. Es lernen und forschen an der Humboldt-Universität mehr als 5000 internationale Studierende aus mehr als 100 Ländern. Das sind über 15% aller Studierenden an unserer Universität. Dazu begrüßen und unterstützen wir gerne, dass sich

geschätzte 1100 Studierende der Humboldt-Universität jedes Jahr ins Ausland aufmachen – sei es zum Studium oder zum Praktikum.

Diesem Austausch auf Seiten der Studierenden entspricht eine ebenso starke internationale Vernetzung in der Forschung: Gegenwärtig pflegt die Universität im Rahmen der Forschungskoooperation Partnerschaften zu über 170 wissenschaftlichen Einrichtungen auf allen Kontinenten.

Diese internationale Ausrichtung der Humboldt-Universität hat lange Tradition. So erhielt zum Beispiel der in Berlin lehrende Niederländer Jacobus Henricus van't Hoff im Jahre 1901 den ersten Nobelpreis für Chemie für seine Forschungen über die Gesetze der chemischen Dynamik, und gerade haben wir wieder einen herausragenden niederländischen Wissenschaftler für die Humboldt-Universität gewonnen, nämlich den Altphilologen, Medizinhistoriker und Literaturwissenschaftler Philip van der Eijk für eine Alexander-von-Humboldt-Professur an unserer Universität.

Aber: Reden wir da über Integration?

Ein kurzer Blick zurück mit einer anderen Perspektive:

Als kürzlich der erste Caroline-von-Humboldt-Preis dieser Universität an eine wunderbare französische Wissenschaftlerin vergeben wurde, die an unserer Universität lehrt und forscht, wies Barbara Hahn, eine der Festrednerinnen, auf einen ebenso bemerkenswerten wie normalerweise unbeachteten Tatbestand hin: Als diese Universität gegründet wurde, wurden die hochgebildeten Frauen, die bis dahin in den Salons von Berlin zentral in die kulturellen und auch wissenschaftlichen Diskussionen eingebunden waren, jäh aus dem akademischen Leben verbannt und ausgeschlossen, denn sie durften nicht an der Universität lernen, geschweige denn lehren, und es dauerte lange bis sich das änderte. Erst um das Jahr 1870 wurden Frauen als Gasthörerinnen zugelassen und die erste Chemikerin, die hier in Berlin studieren konnte, war Julija Lermontowa, die zwar bei August Wilhelm von Hofmann ihre Arbeit anfertigen durfte, aber dann nicht in Berlin, sondern in Göttingen promoviert wurde.

Universitäten waren also a priori nicht Horte der Integration – und sie sind es auch heute nicht. Frauen sind heute akzeptiert und dürfen gelegentlich auch Professorin werden, aber sonst? Was ist oder was wäre Integration eigentlich in diesem akademischen Umfeld?

Internationalisierung an sich ist es sicher nicht. Das ist erst der erste Schritt, aber warum wird Internationalisierung überhaupt so betont in der jüngsten

Zeit? Betreiben wir nicht Internationalisierung in erster Linie mit dem Ziel, uns im Vergleich mit den Großen dieser Welt besser präsentieren zu können – denn Internationalisierung ist ein Parameter, der in allen Rankings dieser Welt positiv besetzt ist und hoch bewertet wird. Aber Integration in die Gesellschaft ist damit noch nicht gemeint, denn: Das Angebot, zu uns zu kommen, um für eine – wenn auch begrenzte – Zeit mit uns zusammen zu lernen und zu forschen und Deutschland zu einem Lebensmittelpunkt zu machen, steht bisher nur in sehr seltenen Ausnahmefällen im Zentrum – und die politischen und gesellschaftlichen Randbedingungen sind bisher nicht geschaffen.

Eigentlich also sind unsere Angebote auf kurzfristige Nutzung gerichtet und nicht darauf, über ein Verstehen der anderen Kulturen ein Zusammenleben möglich zu machen. Ich will damit nicht einem bunten Multikulti das Wort reden, sondern einem Abholen aus anderen Kulturkreisen – auch von jungen Menschen, die schon in Deutschland leben – und einem Verständlich-machen unserer kulturellen Anforderungen und Grundbedingungen, die eben nicht selbsterklärend sind, sondern der Erläuterung bedürfen. Und – sie sind auch nicht per Definition besser oder überlegen; es ist eben erforderlich zu beschreiben, wo die unabdingbaren Kerninhalte sind, die zu einem Zusammenleben hier in unserem Lande unverzichtbar sind und welche Angebote auch damit verbunden sind.

Denn das wäre ein lohnendes Ziel für unsere Universität: Natürlich vor allem junge Menschen an unsere Universität zu holen, damit sie von uns und wir von ihnen lernen und damit Integration auf Augenhöhe möglich zu machen. Ja, ich sage ganz entschieden, es wäre schön, wenn die jungen Menschen aus aller Welt auch den Umgang mit der deutschen Kultur (nicht nur der Sprache) lernen – aber dazu ist erforderlich, diese Begegnungen mit dem Respekt auch vor dem Anderssein derjenigen möglich zu machen, die da zu uns kommen und nicht nur auf Anpassung an eine deutsche „Leitkultur“ einerseits zu hoffen oder Lernangebote in schlechtem Englisch zu machen in der Annahme, das sei Internationalisierung oder gar Integration. Ich wünsche mir daher sehr, dass die Idee einer Integration gerade dieser jungen, gebildeten, gut ausgebildeten, hoch motivierten Menschen die „einfache“ Internationalisierung – hole möglichst viele internationale Studierende und Forscher an die Universität – ergänzt, wenn nicht ersetzen würde. Natürlich sind dazu auch die Politik und die Gesellschaft gefragt, nicht nur die Universität.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich nun auf die Beiträge von Herrn Brenner und insbesondere auf den Vortrag von Ihnen, lieber Herr Professor Huber.

MINISTERIALDIREKTOR A. D. KARSTEN BRENNER

*Grußwort des Vorstandsvorsitzenden
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung*

Sehr geehrter Herr Professor Huber,
sehr geehrte Frau Huber,
Exzellenzen,
sehr geehrter Herr Professor Linscheid,
liebe Studentinnen und Studenten,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte auch ich Sie sehr herzlich zur Willy Brandt Lecture 2010 willkommen heißen – erstmals hier im schönen Senatssaal der Humboldt-Universität.

Ich danke Ihnen, Herr Professor Linscheid, für Ihre freundlichen Worte der Begrüßung. Wir freuen uns, die gemeinsame Vorlesungsreihe mit Ihnen nun schon im dritten Jahre fortsetzen zu können. Und das an einem Tage, der uns besonders an Willy Brandt erinnert: An die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages vor genau 40 Jahren und an den Kniefall Brandts vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos – eine zugleich demütige wie großartige Geste, die bis heute unvergessen ist und es wohl noch lange bleiben wird.

Meine Damen und Herren, die Zusammenarbeit zwischen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und der Humboldt-Universität ist dadurch noch befördert worden, dass unsere Stiftung ein ganzes Stück näher an die Humboldt-Universität „herangerückt“ ist. Mit Hilfe von Bundesregierung und Bundestag konnten wir in der neuen und alten Mitte der Hauptstadt, Unter den Linden, das neue Forum Willy Brandt Berlin eröffnen, wo wir zunächst Sonderausstellungen zeigen – ab Mitte 2012 werden wir dort jedoch mit einer neu konzipierten Dauerausstellung an das Leben und Wirken des großen deutschen Politikers, Sozialdemokraten und Friedensnobelpreisträgers erinnern – rechtzeitig zum 20. Todestag Brandts im Oktober 2012 und zu seinem Geburtstag, der sich 2013 zum 100. Male jährt.

Das neue Forum Willy Brandt ist nur wenige hundert Meter vom Brandenburger Tor entfernt. Dieses symbolische Tor noch einmal von West nach Ost

durchschreiten zu können, hat Willy Brandt einst als seinen Lebenstraum bezeichnet. Drei Jahre vor seinem Tod ging dieser Lebenstraum für ihn, einem der Wegbereiter der deutschen Einheit, noch in Erfüllung.

Meine Damen und Herren, auch diese Willy Brandt Lecture wird ermöglicht durch die großzügige finanzielle Unterstützung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft in Hamburg. Ich freue mich, dass Frau Barbara Hendricks, die Schatzmeisterin der SPD, und der Geschäftsführer der ddvg, der frühere Europaabgeordnete Gerd Walter, heute hier zu Gast sind. Beiden danke ich für diese großzügige Förderung.

Die jährliche Willy Brandt Lecture soll – unter Bezugnahme auf das Erbe Willy Brandts – Themen der Zeitgeschichte und Politik aufgreifen, die für das Verständnis unserer Vergangenheit und für die Gestaltung unserer Gegenwart wie unserer Zukunft von zentraler Bedeutung sind. Heute nun haben wir die große Ehre – nach Weltbankpräsident Robert Zoellick und IAEO-Generaldirektor Mohammed ElBaradei – eine moralische Autorität unseres Landes als Redner begrüßen zu dürfen: den langjährigen Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrn Professor Wolfgang Huber. Sein mit Spannung erwarteter Vortrag trägt den Titel „Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild“.

Sehr geehrter Herr Professor Huber, damit beziehen Sie Stellung zu einem besonders brisanten Thema, das unser Land und alle, die in Deutschland leben, derzeit bewegt und die Medien beherrscht, das aber – wie auch in anderen europäischen Ländern – die gesellschaftliche Atmosphäre belastet und in der Politik einen vielstimmigen, manchmal bedrohlichen Widerhall findet.

Lange Zeit war man in der Bundesrepublik davon ausgegangen, dass der überwiegende Teil der Zugewanderten – meist Gastarbeiter und ihre Familien – eines Tages wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würde. Willy Brandt gehörte zu den wenigen, die bereits früh erkannten, welche enormen Herausforderungen sich unserer Gesellschaft in Anbetracht Millionen Zugewandeter stellen. Als er in seiner Regierungserklärung von 1969 die Deutschen dazu aufrief, ein „Volk der guten Nachbarn zu sein – im Innern wie nach außen“, bezog er darin bewusst auch das Zusammenleben mit unseren – wie wir sie damals nannten – „ausländischen Mitbürgern“ ein.

Seitdem diskutieren wir immer wieder darüber, was gute Nachbarschaft nun eigentlich heißt oder heißen sollte. Dies spiegelt sich in den kontroversen Debatten um Überfremdung und Integration, um die Entstehung von

„Parallelgesellschaften“ in Deutschland oder um die Definition einer deutschen „Leitkultur“. Hinzu kommen die heftigen politischen Auseinandersetzungen über die Gewährung von politischem Asyl, über die Verleihung des Staatsbürgerrechts an Zuwanderer, über die Zusammenführung ihrer Familien und vieles andere mehr.

Ohne Zweifel hat Thilo Sarrazin diese Debatten mit seinen provozierenden Thesen und Pauschalisierungen neu entfacht. Dieses Mal wird unsere öffentliche Auseinandersetzung um Zuwanderung und deutsche Identität wohl noch emotionaler, ja ruppiger, geführt als jemals zuvor. Das ist ein Paradoxon, haben wir uns doch in den letzten Jahren auf die Notwendigkeit einer systematischen Integrationspolitik verstanden und stehen doch gerade jetzt die Zeichen eher auf Abwanderung aus Deutschland als auf weiteren Zustrom.

Was sind die Gründe für die erneute, die Gesellschaft tief spaltende Auseinandersetzung mit diesem Thema, die zumindest in Talkshows, aber auch auf manchen politischen Foren, die Züge eines Kulturkampfes angenommen hat?

Was ist das Neue an unserer Debatte? Was treibt die Deutschen um? Haben wir unsere Gewissheiten, unser Vertrauen in die Zukunft verloren? Zweifeln wir an unserer eigenen Identität, an unserem eigenen Glauben? Und es stellt sich noch eine Frage: Wie muss die öffentliche Auseinandersetzung der letzten Monate, ihr Ton und manche ihrer Botschaften auf die Mitbürger wirken, die – durchaus integrationsbereit – aus anderen Ländern zu uns gekommen sind, in der Erwartung auf ein Deutschland, das von Aufklärung und Offenheit, Toleranz und gegenseitigem Respekt geprägt ist?

Sehr geehrter Herr Professor Huber, wir haben Sie in dieser verwirrenden und teilweise auch verworren geführten Debatte um eine klärende Grundsatzrede gebeten. Sie soll die Auseinandersetzung der vergangenen Monate auf eine rationale, sachliche und ethisch begründete Ebene heben und uns an einige Einsichten, Erfahrungen und Fakten erinnern, welche in der lautstark über die Medien geführten Debatte mehr und mehr verloren gegangen sind.

Sie haben sich als Theologe und als Kirchenführer immer wieder mit den ethischen Fundamenten unseres Lebens und Zusammenlebens befasst.

In nahezu allen wichtigen gesellschaftlichen Debatten haben Sie sich zu Wort gemeldet, sei es zur Rolle der Familie, zu Bildungsfragen, zur Bioethik oder zur Ethik des Unternehmertums – und selbstverständlich auch zur Integration von Migranten in unsere Gesellschaft. In Ihrer Amtszeit erschien die

Denkschrift der EKD zum Kampf gegen Armut, „Für eine gerechte Teilhabe“, wie die zum Verhältnis von Christentum und Islam unter dem Titel „Klarheit und gute Nachbarschaft“. Sie haben sich für religiöse Pluralität genauso eingesetzt wie für einen offenen, aufrichtigen Dialog zwischen den Religionen und Kulturen.

Als Sie im November 2009 das Amt des EKD-Vorsitzenden aus den Händen gaben, kündigten Sie an, Herr Professor Huber, sich weiterhin aktiv an der kirchlichen und gesellschaftlichen Debatte in Deutschland beteiligen zu wollen – am „Zeitgespräch“, wie Sie es nannten.

Wir haben Sie beim Wort genommen und bitten Sie nun um Ihren Vortrag, die Willy Brandt Lecture 2010.

WILLY BRANDT LECTURE 2010

BISCHOF A.D. PROF. DR. WOLFGANG HUBER

VERSCHIEDEN UND DOCH GLEICH.
INTEGRATION UND MENSCHENBILD

I.

In den Jahren, in denen der aus Lübeck stammende Berliner Willy Brandt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland amtierte, war die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger noch kein vorrangiges Thema. Willy Brandt erkannte gleichwohl schon damals die grundsätzliche Bedeutung dieser Frage; dabei half ihm gewiss die eigene biographische Erfahrung im norwegischen Exil während der Nazi-Zeit.

Willy Brandt sah in den zwei Millionen Menschen anderer Sprache und anderer Nationalität, die damals in Deutschland arbeiteten und lebten, „keine ansässige und verwurzelte, sondern eine fluktuierende Minderheit“. Doch er fügte hinzu: „Sie geraten umso eher in die Gefahr, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden.“ Eindringlich schilderte er in einer Rede zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit 1971 die Art und Weise, in der die damalige bundesdeutsche Gesellschaft Gastarbeiter als „Energiequelle“ benutzte. Auch wenn sie nach Deutschland kamen, weil sie hier eher als in ihrer Heimat Auskommen und Brot fanden, so gelte doch zugleich, dass sie „in jeder Hinsicht unser tägliches Brot mitverdienen“. Diskriminierung dieser ausländischen Arbeitnehmer, so diagnostizierte Brandt damals, sei keineswegs die Regel; doch er fügte hinzu: „Aber hört man nicht immer wieder von deprimierenden Beispielen der Entwürdigung, der Verachtung, des Mangels an Duldsamkeit, an Respekt vor dem Anderen, des Mangels an schlichter Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft? Schlimmer: Gibt es nicht immer wieder Beispiele rücksichtsloser Ausnutzung, skandalöse Fälle von Mietwucher, von Wohnverhältnissen, deren wir uns zu schämen haben?“ Diese nachdenklichen Fragen mündeten seinerzeit in die Feststellung, die Frage der Minoritäten sei eine Schlüsselfrage unserer Zivilisation. „Man hat die Fähigkeit, Minderheiten in ihrer Mitte unter

dem Recht der Ebenbürtigkeit, der Gleichheit und der guten Nachbarschaft zu ertragen, die permanente Reifeprüfung der Völker genannt.“ Brandt appellierte daran, dass die Deutschen diese Reifeprüfung, die noch nirgendwo mit Auszeichnung bestanden worden sei, wenigstens mit der Note „befriedigend“ absolvieren sollten.

II.

Das war vor vier Jahrzehnten. Die Minderheit von Menschen anderer Sprache und Nationalität, die in Deutschland lebt, ist inzwischen weit größer geworden; und sie ist weit weniger fluktuierend. Im Jahr 1973 bereits, zwei Jahre nach Willy Brandts Rede, wurde ein Anwerbestopp für „Gastarbeiter“ verfügt. Als in den achtziger und neunziger Jahren der Strom Asylsuchender kräftig answoll, wurde dem mit einschränkenden Bestimmungen zum Grundrecht auf Asyl im Jahr 1993 ein Riegel vorgeschoben. Als in den neunziger Jahren die Kriege auf dem Balkan Bürgerkriegsflüchtlinge in großer Zahl nach Deutschland brachten, beharrte man darauf, dass es sich dabei um einen Status auf Zeit handelte, der in eine möglichst frühzeitige Rückkehr in die angestammte Heimat münden müsse. Gleichwohl stieg die Zahl der Menschen anderer Sprache und Nation beharrlich an; sie ließen sich in Deutschland auf Dauer nieder und gründeten Familien. So wuchs ihre Zahl, ohne dass dazu ein weiterer Zuzug durch Zuwanderung vonnöten war.

Heute nimmt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund pro Jahr ungefähr um 200 000 Menschen zu, während die Wohnbevölkerung insgesamt gleichzeitig pro Jahr ungefähr um 100 000 Menschen sinkt. Einen „Migrationshintergrund“ schreibt man in den amtlichen Statistiken allen Eingewanderten, Ausländern, Eingebürgerten sowie Deutschen mit mindestens einem eingewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil zu. Die amtlichen Zahlen von 2008 geben für die so definierte Migrationsbevölkerung die Zahl von 15 566 000 Personen, für die in dieser Zahl bereits enthaltene ausländische Bevölkerung die Zahl von 6 728 000 Personen an. Das Wachstum der Migrationsbevölkerung schreitet fort, obwohl sie kaum noch durch Zuwanderung größer wird.

Im Vergleich zu der Situation, die Willy Brandt vor vierzig Jahren beschrieb, hat die Herausforderung, vor der wir heute stehen, ungleich größere Dimensionen angenommen. Während das geschah, fand eine reichlich verspätete

Diskussion darüber statt, ob Deutschland ein „Einwanderungs“- oder „Zuwanderungsland“ sei. Die Debatte ist verspätet; denn da Zuwanderung und Abwanderung sich inzwischen ungefähr die Waage halten, ist die Frage, ob Deutschland ein Zuwanderungsland ist, bereits überholt. Es handelt sich um ein Migrationsland mit einem vergleichbaren Niveau an Zu- und Abwanderung. Nicht nur die Frage, welche Art von Zuwanderung heute wünschenswert ist, muss uns beschäftigen, sondern ebenso die Frage, wie die jährliche Abwanderung zu beurteilen ist. Denn es muss nachdenklich stimmen, dass mehr Menschen mit akademischer Qualifikation Deutschland verlassen als zuwandern. Zur Migrationsbilanz gehört also ein jährlicher Braindrain.

Dennoch ist die späte Einsicht richtig, dass sowohl die globalen Verflechtungen als auch die besondere demographische Situation unseres Landes Regeln für eine Zuwanderung erfordern, die sich an wirtschaftlichen Notwendigkeiten ausrichten und deshalb Qualifikationsanforderungen an die Zuwandernden stellen. In diese Überlegung muss auch der Familiennachzug einbezogen werden, wenn man eine Zuwanderung in die Sozialsysteme vermeiden will. Dass es daneben eine bleibende Notwendigkeit für Zuwanderungsregeln aus humanitären Gründen gibt, wird dabei manchmal vergessen. Dabei hat Bundespräsident Johannes Rau bereits vor einem Jahrzehnt in seiner Berliner Rede den Unterschied zwischen diesen beiden Dimensionen der Zuwanderung denkbar knapp und einleuchtend formuliert: „Eine Einwanderungsregel ist eigennützig, das Recht auf Asyl ist uneigennützig.“

Für ein Migrationsland stellen sich besondere Integrationsaufgaben. Entscheidend ist nicht die Debatte darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist; es geht vielmehr um die Einsicht, dass wir in einer Integrationsgesellschaft leben. Dabei braucht man ein faires Bild von der inneren Differenzierung der Migrationsbevölkerung. Unter den gut 15 Millionen Angehörigen der Migrationsbevölkerung befinden sich 5 Millionen Spätaussiedler sowie mehr als eine Million Deutsche, die nach dem Jahr 2000 auf Grund des geänderten Staatsangehörigkeitsrechts eingebürgert wurden. Ein Drittel der knapp 7 Millionen Ausländer sind Bürger von EU-Staaten, ein Viertel sind türkische Staatsangehörige.

Die Zahl von Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern liegt nach amtlichen Schätzungen zwischen 3,8 und 4,3 Millionen; der Anteil unter ihnen, der einer Moscheegemeinde oder einer religiösen Vereinigung angehört, wird – was angesichts des Fehlens von mitgliedschaftsrechtlichen

Regelungen schwer auszumachen ist – mit 20 Prozent angenommen. Die Zahl der Katholiken unter den Zugewanderten ist immer noch größer als die Zahl der Muslime; eine nicht unerhebliche Zahl der Migranten ist orthodoxer und protestantischer Konfession.

Was die Muslime betrifft, so sprechen die amtlichen Erhebungen davon, dass sie mehrheitlich Demokratie und Rechtsstaat bejahen. Bei einer Minderheit von 14 Prozent allerdings wird eine Distanz zur rechtsstaatlichen Demokratie beziehungsweise eine Bejahung von politisch-religiöser Gewalt festgestellt. Diese Tendenz ist in intensiven religiösen Überzeugungen verwurzelt. Gerade bei jungen Muslimen kann man, wie zuletzt die Shell-Jugendstudie gezeigt hat, die Beobachtung machen, dass eine stärkere religiöse Identifikation sich mit der Ablehnung Andersgläubiger und der Bejahung religiös motivierter Gewalt verbindet. Pointiert führen neuere Studien zu folgendem Ergebnis: Bei jungen Muslimen verstärken starke religiöse Überzeugungen Intoleranz und Gewaltbereitschaft, während bei jungen Christen starke religiöse Überzeugungen eher mit Toleranz und Gewaltverzicht assoziiert sind.

Pauschalurteile sind immer verkehrt; doch die Fremdheit bestimmter Gruppen gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat und die Neigung zur Legitimation von Gewalt sind beunruhigend. Solche Tendenzen vertragen keine Verharmlosung; doch es ist verfehlt, sie der gesamten „muslimischen“ Bevölkerung zuzuschreiben. Davon ist die Frage zu unterscheiden, ob der Islam in seinen gegenwärtig dominierenden Formen eine tolerante Religion ist oder nicht. Wenn dieser Tage in einer Untersuchung der Universität Münster festgestellt wurde, dass die Mehrheit der Deutschen daran Zweifel hat, so ist das, wie noch näher zu erörtern ist, keineswegs unbegründet.

Zunächst aber muss man fragen, wie es überhaupt dazu kam, dass die Gesamtzahl derer, die selbst oder deren Eltern aus muslimisch geprägten Gesellschaften stammen, ganz undifferenziert als „Muslime“ bezeichnet werden. Die nachgewiesene Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft bildet nicht den Bezugspunkt; denn eine solche formalisierte Mitgliedschaft praktiziert der Islam in Deutschland bisher nicht. Wir haben es vielmehr mit einer indirekten Auswirkung der Terrorakte des 11. September 2001 zu tun. Sie führten zum einen zu einer weitgehenden Gleichsetzung von Islam und Gewalt (bei manchen Kommentatoren sogar zu einer noch weiter reichenden Gleichsetzung von Religion und Gewalt); zugleich lösten sie eine Tendenz dazu aus, ethnische Minderheiten von ihrer unterstellten Religionszugehörigkeit her zu

definieren und „muslimisch“ als Oberbegriff für Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten wie aus afrikanischen Ländern zu verwenden. Unterschwellig werden dabei häufig Probleme der Migrationsbevölkerung insgesamt mit den wirklichen oder vermuteten Problemen des „muslimischen“ Anteils der Migrationsbevölkerung gleichgesetzt.

Als Instrument dazu, die ohne Zweifel vorhandenen Integrationsprobleme bearbeitbar zu machen, ist dieses Vorgehen offenkundig unbrauchbar. Diese Argumentationsweise ist eher dazu geeignet, dass solche Probleme hinter einem Schleier von Vorurteilen ins Undeutliche verschwimmen. Sie erscheinen dadurch zwar als größer, werden aber zugleich ungreifbar. Im Gegenzug gegen eine solche undeutliche Vergrößerung des Problems kommt es darauf an, das Problem präziser zu erfassen und dabei zugleich die Grundsätze zu benennen, an denen sich ein gesellschaftlicher wie politischer Umgang mit ihm orientieren sollte.

III.

Erst im letzten Jahrzehnt sind Zuwanderung und Integration als herausragende Themen der politischen Agenda anerkannt worden. Eine ausführliche regierungsamtliche Berichterstattung legt von den erreichten Fortschritten Rechenschaft ab. Dem treten regierungsunabhängige Untersuchungen zur Seite wie zuletzt das Jahresgutachten, das von dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration verantwortet wird. Dieses Gutachten stellt den Integrationsbemühungen in Deutschland insgesamt ein erstaunlich positives Zeugnis aus. In vielen empirisch fassbaren Bereichen sei die Integration gut gelungen; beide Seiten der Migrationsgesellschaft schätzen das auch subjektiv so ein. Einzelne Bereiche nehmen dafür inzwischen eine Vorbildfunktion wahr; dazu gehört der Sport – mit positiven Beispielen insbesondere in den Bundesligen und in der Nationalmannschaft.

Wichtige Zuwanderungsgruppen haben ein durchaus vergleichbares Bildungsniveau erreicht wie die deutsche Mehrheitsbevölkerung. Wo das nicht der Fall ist, kann also nicht allein der Migrationshintergrund dafür ausschlaggebend sein; man muss es vielmehr mit spezifischen, sozial bedingten Integrationshindernissen zu tun haben. Zuwanderer sind in Deutschland zwar einem anderthalbfach höheren Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt; doch dieses Risiko ist in anderen europäischen Ländern im Vergleich zur

Mehrheitsbevölkerung sogar viermal so hoch. Solchen Befunden entspricht auf beiden Seiten der Migrationsgesellschaft ein verhalten positives Bild des Erreichten; nur zehn bis fünfzehn Prozent auf beiden Seiten haben von den Bemühungen um Integration ein durchgängig negatives Bild. Wenn man die Zuwanderergruppen unterscheidet, dann ergeben sich die größten Integrationsdefizite bei Türken, Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Afrikanern. Spätaussiedler sowie Zuwanderer aus Südeuropa, aus anderen EU-Ländern sowie aus Asien verfügen dagegen oft über einen guten Bildungsstand und sind dadurch auch gut integriert.

Ein Katastrophenszenario, wie es neuerdings gezeichnet wird, ist demnach unangemessen. Insbesondere ist es unangebracht, die großen Herausforderungen der deutschen Gesellschaft vorwiegend auf die Zuwanderung zurückzuführen. Sie ergeben sich vielmehr in erster Linie aus dem demographischen Wandel und den mit ihm verbundenen Befürchtungen.

Die deutsche Mehrheitsgesellschaft ist durch einen doppelten Alterungsprozess bestimmt. Einerseits steigt die durchschnittliche Lebenserwartung an; andererseits sinkt die Zahl der Geburten seit Jahren kontinuierlich ab. Die „Überalterung“, von der in diesem Zusammenhang oft die Rede ist, sollte man deshalb eher eine „Unterjüngung“ nennen. Eine Gesellschaft, deren Alterspyramide auf dem Kopf steht, hat es schwer, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen, verweigert sie doch in weiten Teilen die elementarste Form solcher Zuversicht, nämlich die Geburt und das Aufwachsen von Kindern. Aus der pessimistischen Stimmung heraus, die sich in einem solchen Verhalten zeigt, wird eine zahlenmäßig wachsende Migrationsbevölkerung als Bedrohung wahrgenommen. Dass der Anteil an Kindern ausländischer Herkunft in Grundschulen weit höher ist als im Durchschnitt der Bevölkerung, zeigt eine Tendenz, die Angehörige der Mehrheitsgesellschaft mit Sorgen erfüllt. Doch damit werden Sorgen der Mehrheitsbevölkerung, die aus der demographischen Konstellation entstehen, auf die Migrationsbevölkerung projiziert.

Dieser Sündenbockmechanismus muss durchschaut und entmythologisiert werden. Die Probleme, die mit dem Alterswandel der deutschen Gesellschaft verbunden sind, müssen an ihrem eigenen Ort verhandelt werden; sie dürfen nicht der Migrationsbevölkerung aufgeladen werden. Das schließt legitime und notwendige Erwartungen an die Angehörigen der Migrationsbevölkerung nicht aus. Doch von ihnen muss im Kern nichts anderes erwartet werden als von anderen Gliedern der Gesellschaft auch: dass sie Verantwortung für das

eigene Leben übernehmen, sich an der Mehrung des gesellschaftlichen Wohlstands beteiligen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Das setzt voraus, dass alle Glieder der Gesellschaft einander mit Respekt begegnen und das Zusammenleben so gestalten, wie Willy Brandt das in der zu Beginn zitierten Rede bereits 1971 beschrieb – nämlich „unter dem Recht der Ebenbürtigkeit, der Gleichheit und der guten Nachbarschaft“.

IV.

Willy Brandts Formel bewährt sich auch unter den veränderten Bedingungen einer dauerhaft anwesenden und zunehmenden Migrationsbevölkerung. Derzeit jedoch zeigen sich wachsende Schwierigkeiten und Vorbehalte. Alle drei von Willy Brandt genannten Kriterien – Ebenbürtigkeit, Gleichheit und gute Nachbarschaft – werden in Zweifel gezogen.

Für die Zweifel an der „Ebenbürtigkeit“ der Migrationsbevölkerung hat Thilo Sarrazin das deutlichste Beispiel gegeben. An seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ will ich nur diesen einen Zusammenhang beleuchten; ich will damit nicht das Buch im Ganzen diskutieren. Sarrazin geht zwar zunächst von einer Ebenbürtigkeit aller Menschen aus und erklärt, dass „die genetische Ausstattung der Menschen aller Länder und Völker von großer Ähnlichkeit“ sei (S. 32). Doch er überbietet dies später durch die Aussage, Intelligenz sei zu 50 bis 80 Prozent erblich (S. 91 und öfter); das verbindet er wiederum mit der Behauptung einer schichtenspezifischen Abstufung der Intelligenz. Diese Kombination von Behauptungen lässt sich im Kern auf die Überzeugung zurückführen, dass die Menschen eben gerade nicht „ebenbürtig“ sind, sondern dass es eine nur marginal beeinflussbare Zusammengehörigkeit von genetisch bedingter Intelligenz und Schichtzugehörigkeit gibt.

Weite Regionen der Erde assoziiert Sarrazin mit dieser Schichtzugehörigkeit und erklärt deshalb Zuwanderung aus diesen Regionen pauschal für unerwünscht. Dadurch erhält seine Argumentation eine ethnische Konnotation. Im Fall des Judentums unterstellt Sarrazin, dass die lange und bedrückende Verfolgungsgeschichte des jüdischen Volkes zu einer Veränderung der genetischen Disposition, nämlich einer vererbaren Steigerung des durchschnittlichen Intelligenzquotienten, führte; im Fall der muslimischen Länder in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten unterstellt er dagegen, dass die Geschichte von Armut und Mangel einen notorischen, genetisch bedingten

Intelligenzmangel zur Folge hat. Er deutet die Geschichte der Völker somit als eine Geschichte teils positiver, teils negativer Selektion, in der sich historische Erfahrungen in genetische Dispositionen verwandeln. Es passt dazu, dass er die Geschwindigkeit, mit der sich die menschliche Haut unterschiedlichen Witterungsbedingungen anpasst, mit der genetischen Veränderung der menschlichen Intelligenz auf eine Stufe stellt. Von der „großen Ähnlichkeit“ in der genetischen Ausstattung der Menschen aller Länder und Völker bleibt am Ende nicht mehr allzu viel übrig. „Ebenbürtigkeit“ in Willy Brandts Sinn stelle ich mir anders vor.

Die Debatte darüber, welche Anteile der menschlichen Intelligenz genetisch bedingt und welche durch Umwelteinflüsse – also vor allem durch Bildung – beeinflussbar sind, ist alt. Mit unserem Bild vom Menschen als einer Person, die mit einer unantastbaren Würde ausgestattet ist, verbindet sich die Aufgabe, die in einem Menschen liegenden Begabungen und Chancen so gut wie irgend möglich zu fördern und zur Entfaltung zu bringen. Der indische Nationalökonom Amartya Sen und die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum haben das als den „capabilities approach“ bezeichnet. Ihr Begriff der Gerechtigkeit orientiert sich daran, ob Menschen in ihren elementaren Lebenschancen gefördert und darin unterstützt werden, ihre Begabungen zu entfalten. Befähigungs- und Beteiligungsgerechtigkeit sind dann die entscheidenden Maßstäbe der Gerechtigkeit. Der Bildung kommt dafür eine Schlüsselfunktion zu.

Solche Überlegungen sind auch entscheidend im Blick auf denjenigen Teil der Migrationsbevölkerung, der bildungsfernen Schichten angehört und deshalb auch den eigenen Kindern nicht die Bildungsanreize vermittelt, die vorgegebene beziehungsweise vorgefundene Unterschiede vermindern könnten. Denn im Blick auf die „Reifeprüfung“ einer Gesellschaft besteht die Hauptaufgabe klarerweise darin, jungen Menschen aus allen Schichten die beste erreichbare Bildung zukommen zu lassen und damit die Abstände zu verringern, die durch genetische Ausstattung oder durch familiäres Umfeld vorgegeben sind. Dafür ist es notwendig, die Ebenbürtigkeit von Menschen nicht nur unterschiedlicher Sprache und Nation, sondern auch unterschiedlicher genetischer Ausstattung zur Grundlage zu machen und für sie alle möglichst optimale Bildungsangebote anzustreben. So wie wir uns vor einer Generation nicht damit abgefunden haben, dass deutsche Kinder aus Arbeitermilieus kaum eine Chance zu einem Hochschulstudium hatten, so können wir uns

heute nicht damit abfinden, dass der Bildungsabstand von Teilen der Migrationsbevölkerung sich über die Generationen vererbt.

Diese Art von „Ebenbürtigkeit“ anzuerkennen, ist eben nicht nur eine Frage der Interpretation von psychologischen Intelligenztheorien. Es ist zugleich ein Problem des Menschenbilds.

V.

Das führt vom Aspekt der „Ebenbürtigkeit“ zu dem zweiten der von Willy Brandt genannten Kriterien, nämlich demjenigen der „Gleichheit“. Der Gedanke der Egalität hat in Judentum und Christentum eine wichtige Wurzel. Wenn derzeit mit neuem Nachdruck gesagt wird, dass das Christentum und das Judentum „zweifelsfrei zu Deutschland“ gehören, dann geht es deshalb nicht so sehr um besondere kulturelle Ausprägungen der jüdisch-christlichen Tradition, sondern es geht zuallererst um den universalistischen Kern der jüdischen wie der christlichen Botschaft. Er hat damit zu tun, dass das Bekenntnis zu dem einen Gott sich mit einer universalistischen Anerkennung der Gottebenbildlichkeit und damit der gleichen Würde aller Menschen verbindet.

Insbesondere die Reformation hat hervorgehoben, dass diese Anerkennung des Menschen durch Gott allen menschlichen Leistungen, Einstellungen und Fähigkeiten vorausgeht. Damit begründen weder Unterschiede der intellektuellen Ausstattung eines Menschen noch unterschiedliche Schichtzugehörigkeiten einen unterschiedlichen Rang oder eine unterschiedliche Würde ethnisch und sozial unterschiedener Gruppen. Vielmehr geht es gerade darum, unbeschadet solcher Verschiedenheiten die gleiche Würde aller anzuerkennen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Im Blick auf das Menschenbild heißt deshalb die entscheidende Einsicht: Verschieden und doch gleich.

Noch einmal: Eine aktive Zuwanderungspolitik kann eigennützig auf die Qualifikationen schauen, die in einer Gesellschaft unter wirtschaftlichen oder demographischen Gesichtspunkten gebraucht werden. Aber eine Integrationsgesellschaft, die auf den fairen Umgang mit allen, die auf Dauer in einer Gesellschaft zusammen leben, gerichtet ist, muss die gleiche Würde aller Menschen zum Ausgangspunkt machen. Sie darf deshalb unterschiedliche Bildungsniveaus und Unterschiede im sozialen Status gerade nicht zu naturgegebenen Größen stilisieren, sondern muss ihr Handeln in diesem Feld an den Maßstäben der Befähigungs- und der Beteiligungsgerechtigkeit orientieren.

Sarrazins Behauptung, dass ein „schichtabhängig unterschiedliches generatives Verhalten“ zwangsläufig dazu führt, „dass sich das vererbte intellektuelle Potenzial der Bevölkerung kontinuierlich verdünnt“ (S. 91 f.), legitimiert indirekt eine Bildungspolitik, die gesellschaftliche Schichtunterschiede zementiert. Eine besonnene Bildungspolitik muss jedoch das genaue Gegenteil zum Ziel haben. Sie fördert alle, darunter auch Hochbegabte aus allen Schichten; sie nimmt die Bildungsbiographie aller Kinder ernst – und schafft deshalb auch Räume dafür, dass Kinder, die in ihrer Bildungsbiographie von ihren Familien unterstützt werden, davon auch schulisch profitieren. Aber genauso schafft sie auch Räume dafür, dass Kinder, die familiär nicht unterstützt werden, diesen Rückstand aufholen können. Denn es geht ihr darum, dass alle Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, ihre Begabungen zu entfalten.

Wir wissen, wie früh Bildungsbemühungen ansetzen müssen, die das zum Ziel haben – nämlich bereits im Elementarbereich. Die Unterstützung des Besuchs von Kindertagesstätten ist deshalb von entscheidender Bedeutung. Nicht erst das letzte, sondern vor allem das erste Kindergartenjahr sollte deshalb beitragsfrei sein. Für eine Integrationsgesellschaft mit einem hohen Migrantenanteil gerade in der jungen Generation gibt es zu einer solchen bildungspolitischen Grundorientierung keine ernsthafte Alternative.

Nun wird die Gleichheit zwischen den Angehörigen einer Integrationsgesellschaft nicht nur aus der Perspektive der Mehrheit in Zweifel gezogen. Dafür liefern die Untersuchungen über Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bedrückende Belege. Doch Verachtung gibt es auf beiden Seiten. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begegnet als Problem nicht nur innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Mit ihr bekommen es auch Schüler deutscher Sprache und Herkunft in Klassenzimmern und auf Schulhöfen zu tun. Flugblätter darüber, dass die Deutschen aussterben, kursieren im nichtdeutschen Milieu mancher Berliner Schulen schon seit Jahren. „Schweinefleischfresser“ ist zu einem verbreiteten Schimpfwort geworden; wer „Christian“ heißt, kann Probleme mit muslimischen Mitschülern bekommen, weil in seinem Namen das Wort „Christ“ steckt. Wer sich durch Leistungsbereitschaft hervortut, läuft Gefahr, als „schwul“ bezeichnet zu werden.

Mit solchen Stereotypen wird von manchen Schülern die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass der Islam einen Status der Überlegenheit vermittelt. Weil es keine religiöse Gleichheit geben kann, wird sie auch im alltäglichen Miteinander verweigert.

Das führt auf ein Problem hin, auf das man im Dialog mit dem Islam immer wieder stößt. Er vertritt eine einseitige Interpretation der Religionsfreiheit. Die Einseitigkeit besteht nicht nur darin, dass der positiven Religionsfreiheit der Vorrang vor der negativen zuerkannt wird. Ihr Kern besteht vielmehr darin, dass es nur eine Freiheit zum Islam, nicht dagegen eine Freiheit vom Islam gibt. Die Freiheit der Bekehrung zum Islam wird nicht bestritten; doch eine Abkehr vom Islam steht unter Strafe. Die eherechtlichen Regelungen sehen dementsprechend vor, dass sich zum Islam bekehren muss, wer einen Moslem oder eine Muslimin heiratet. Es gibt in solchen Fällen nur einen Weg zum Islam. Die Freiheit hat nur eine Richtung; sie ist von der Vorstellung einer Überlegenheit des Islam geprägt. Diese Überzeugung spiegelt sich auch in den geschilderten Einstellungen von Schülerinnen und Schülern.

Auf diese Weise leistet der Islam seinen eigenen Beitrag zu der „Identitätsfalle“, von der die gegenwärtige Diskussion bestimmt ist. Sie besteht darin, die Identität von Menschen nur aus einer Perspektive zu betrachten. Dieser entscheidende Identitäts-Marker ist im Fall von Muslimen ihre Religionszugehörigkeit. Wie problematisch das im Blick auf die 3,8 bis 4,3 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit einer Herkunft aus einem muslimisch geprägten Land ist, habe ich bereits dargestellt. Doch es gibt neben den erörterten Argumenten noch einen weiteren Grund dafür, einer solchen Betrachtungsweise zu widersprechen. Er hat erneut mit dem Menschenbild zu tun.

Es geht um den Respekt vor der multiplen Identität jedes Menschen. Menschen sind Männer oder Frauen, jung oder alt, in unterschiedlicher Weise gebildet; sie üben unterschiedliche Berufe aus und verfolgen unterschiedliche Interessen. Sie unterscheiden sich in ihren politischen Präferenzen ebenso wie in ihrer Nationalität oder in ihrer religiösen Überzeugung. Diese multiple Identität allein auf den religiösen Faktor zu reduzieren, ist unangemessen; und es macht diesen einen Faktor zum maßgeblichen Unterscheidungsfaktor und versieht ihn dadurch mit einer konflikttreibenden Wirkung.

Im Blick auf den Islam wird dieser Weg derzeit von beiden Seiten beschritten. Viele Muslime verstehen sich – teilweise in fundamentalistischer Form – ganz vorrangig von ihrer religiösen Identität her; und auch von außen, aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft, werden sie auf diese Identität festgelegt. Eine solche Betrachtungsweise bahnt der erwünschten Integration nicht den Weg, sondern erschwert sie.

Es liegt keineswegs im Interesse der Religion, Menschen auf ihre religiöse Identität zu reduzieren. Judentum und Christentum treten vielmehr für eine Gleichheit der Menschen ein, die über die Grenzen zwischen den Religionen hinausweist. Sie heben gerade diejenige Gleichheit der Menschen hervor, die durch ihre Verschiedenheit nicht negiert wird. Darin besteht ihr wichtigster Beitrag zur Integration.

Deshalb geht es nicht an, die „anderen“ allein auf ihre religiöse Identität festzulegen. Vielmehr sind auch andere Identitätsmerkmale zu respektieren. Zugleich aber gibt es gute Gründe dafür, die eigene religiöse Identität ernster zu nehmen, als dies in Deutschland derzeit üblich ist.

VI.

Damit sind wir bereits bei der Frage „guter Nachbarschaft“, die Willy Brandt den Fragen der Ebenbürtigkeit und der Gleichheit zur Seite gestellt hat.

Gute Nachbarschaft unter den Bedingungen verschärfter Pluralität wird zu einer der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das Zusammenleben der Verschiedenen erfordert mehr als ein multikulturelles Nebeneinander. Denn aus beziehungslosen Parallelgesellschaften entsteht nichts Gemeinsames.

Schnell ist als Alternative zu „Multikulti“ der Ruf nach einer „Leitkultur“ zur Stelle. Doch wenn damit eine „deutsche“ Leitkultur gemeint ist, so wie es auch eine „polnische“ oder eine „französische“ Leitkultur geben mag, ist die Frage bei weitem nicht radikal genug gedacht. Denn wenn es um gesellschaftliche Teilhabe unter der Voraussetzung der Gleichheit geht, kann kulturelle Unterwerfung dafür kein geeignetes Mittel sein. Die kulturellen Anforderungen an Integration dürfen gerade nicht leitkulturell, sie müssen vielmehr universalistisch angelegt sein.

Der Respekt vor der gleichen Würde des anderen und deshalb das Interesse für seine Kultur ist ein solcher universalistischer Wert. Die Bereitschaft zur Kommunikation ist ein anderer derartiger Wert, aus dem sich die Pflicht ergibt, die Verkehrssprache des Landes zu lernen, in dem man sich auf Dauer aufhalten möchte. Diese Verkehrssprache ist im einen Fall Deutsch, im anderen Fall Polnisch, im dritten Französisch. Die Pflicht, die jeweilige Sprache zu lernen, entspringt gerade nicht der Erwartung einer kulturellen Unterwerfung, sondern dem universalistischen Prinzip, zur Kommunikation bereit zu sein.

Auch in anderer Hinsicht sind die Erwartungen, die sich an die Integrationsbereitschaft von kulturellen und religiösen Minderheiten richten, nicht leitkulturell, sondern universalistisch zu begründen. Das gilt für die Anerkennung der Religionsfreiheit oder die Unterscheidung von Staat und Religion ebenso wie für die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Absage an die Todesstrafe.

Die Forderung nach Toleranz wird in diesem Zusammenhang zu Recht erhoben. Doch nur eine kraftvolle, überzeugte Toleranz, die auch der Intoleranz mit Klarheit entgegentritt, wird den großen Aufgaben gewachsen sein, vor denen wir stehen. Oder mit den nüchternen Worten von Wolf Biermann: „Wer nicht bei sich selbst ist, kann auch nicht bei anderen sein.“ Meine Variante heißt: Wer nach allen Seiten hin offen ist, ist nicht ganz dicht. Eine Haltung bloßer Indifferenz sollte man deshalb nicht als Toleranz bezeichnen. Vielmehr muss es für den einzelnen etwas geben, was ihm wichtig ist, wenn er das respektieren soll, was anderen wichtig ist. Der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan hat das so formuliert: „Wir können in Ehren halten, was wir sind, ohne zu hassen, was wir nicht sind“.

VII.

Bewusst stelle ich die Frage ans Ende, was wir denn unter Integration verstehen, wenn wir unsere gesellschaftliche Situation programmatisch unter die Überschrift der „Integrationsgesellschaft“ stellen. Wer von Integration spricht, denkt zumeist daran, dass jemand sich in etwas Vorgegebenes einfügt. Doch wenn man von der gleichen Würde aller Beteiligten ausgeht, wird man nicht eine Integration als Abhängigkeit verlangen können. Denn sie nimmt nicht ernst genug, dass Menschen zwar hinsichtlich ihrer Identitätsmerkmale verschieden, aber hinsichtlich ihrer Würde gleich sind.

Ich schlage deshalb vor, unter Integration die Ermöglichung sozialer Zugehörigkeit sowie die Fähigkeit und Bereitschaft dazu zu verstehen. Sie beruht gerade nicht auf Asymmetrie, sondern auf Symmetrie. Integration richtet sich auf soziale Teilhabe und stärkt die Befähigung dazu. Integration in diesem Sinn meint vorrangig nicht die Assimilation an vorgegebene kulturelle Standards, sondern die Fähigkeit, soziale Zugehörigkeit zu entwickeln und als geachtete Person Beziehungen zu anderen Personen pflegen zu können (Peter Ulrich).

Diese Integration hat zur Voraussetzung, dass Personen einander achten und deshalb zueinander in Beziehung treten können.

Ein solcher Begriff der Integration unterstreicht das Recht derer auf volle Teilhabe an der Gesellschaft, die von Exklusion, von Ausgrenzung und Ausschluss bedroht sind. Integration wird nicht als Unterwerfung verstanden, sondern als Teilhabe. Es geht nicht um die Anpassung an eine vorgegebene Leitkultur, sondern um die Bejahung der Bedingungen fairer Teilhabe. Das ist in meinen Augen die einzige Fassung des Begriffs der Integration, die mit den Wertvorstellungen einer freien Gesellschaft vereinbar ist.

Ein solcher Begriff der Integration hängt an einer anspruchsvollen Voraussetzung. Sie besteht darin, dass alle Beteiligten die Bedingungen der Freiheit nicht nur respektieren, sondern innerlich bejahen und mittragen. Nur wenn Integration als allen aufgegebenen Mitverantwortung für die Bedingungen der Freiheit verstanden wird, kann sie das Odium hinter sich lassen, dass mit ihr nur bestimmte Gruppen zur Anpassung aufgefordert werden. Die Vorstellung von Gerechtigkeit als einem „System gleicher Freiheiten“ (John Rawls) bekommt damit einen höchst praktischen Sinn. Wer die Freiheiten einer rechtsstaatlichen Ordnung in Anspruch nehmen will, ist aufgefordert, auch das Seine zur Bewahrung und Verteidigung dieser Freiheiten beizutragen.

Ich betone ausdrücklich, dass dazu auch die Religionsfreiheit gehört. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass der Islam – wie vor ihm teilweise mühsam genug das Christentum – sein Verhältnis zur Religionsfreiheit klären muss, wenn er im Rechtsstaat ankommen und vor modernen Gerechtigkeitsvorstellungen bestehen will. Weil es sich so verhält, treten wir zwar in Deutschland für die ungeteilte Religionsfreiheit von Muslimen ein, erwarten aber zugleich, dass sie diese Religionsfreiheit nicht nur für sich selbst in Anspruch nehmen, sondern auch bei anderen achten. Deshalb ist es auch für das interreligiöse Gespräch in Deutschland nicht gleichgültig, ob islamische Länder die Religionsfreiheit der Nicht-Muslime achten, oder ob das nicht oder nur in einem sehr eingeschränkten Sinn der Fall ist. Da der Iran mit der islamischen Revolution von 1979 eine Führungsfunktion für den weltweiten Islam übernommen hat, ist die Einschränkung der Religionsfreiheit in diesem Land – mit Auswirkungen für die Missachtung bürgerlicher Freiheiten insgesamt – von ganz besonderer Bedeutung. Und da die Türkei über den Beitritt zur Europäischen Union verhandelt, muss klar sein, dass ihre Stellung zur Religionsfreiheit zu den entscheidenden Prüfkriterien für ein solches Beitrittsbegehren gehört.

Weiterentwicklungen des Islam in den beschriebenen Hinsichten sind dringend zu wünschen. Deshalb war es ein guter Schritt, dass der deutsche Wissenschaftsrat die Etablierung von islamischer Theologie an deutschen Universitäten empfohlen und dass Bundesforschungsministerin Annette Schavan angekündigt hat, den Aufbau von Zentren für islamische Theologie in Münster, Osnabrück und Tübingen zu fördern. Das Ziel, das von dem Juristen Christian Walther als eine „grundrechtsschonende, da freiwillige Selbstzähmung von Religion“ beschrieben wurde, verdient Unterstützung.

Verschiedenheit – das ist der Dreh- und Angelpunkt meiner Überlegungen – muss in einer Weise wahrgenommen werden, die an dem Respekt vor der gleichen Würde jedes Menschen keinen Zweifel aufkommen lässt. Gruppenbezogene Pauschalurteile oder die Festlegung ganzer Gruppen auf mangelnde Bildungsfähigkeit sind einer demokratischen Gesellschaft unwürdig. Von beiden Seiten ist eine Haltung wechselseitiger Achtung und Anerkennung zu erwarten. Dazu gehören die Kenntnis der in einem Land herrschenden Verkehrssprache, die innere Bejahung seiner Verfassungs- und Rechtsordnung sowie die Offenheit für seine Geschichte und Kultur.

„Der Mensch wird nicht geboren, sondern gebildet.“ Zu meiner Verblüffung hat Thilo Sarrazin diesen Satz des Erasmus von Rotterdam zitiert (S. 187) – wo er doch der Frage, unter welchen sozialen Bedingungen und mit welcher genetischen Ausstattung ein Mensch geboren wird, eine so große Bedeutung zumisst. Wenn es für die Menschwerdung insbesondere auf Bildung ankommt, dann steht Bildung auch im Zentrum, wenn es um Integration geht. So verstanden, ist Bildung jedoch nicht nur die Aufgabe von Spezialisten, die vom Staat damit beauftragt werden. So unentbehrlich die Schulen in staatlicher wie in privater Trägerschaft bleiben: Bildung ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

Sie kehrt in die Familien zurück, aus denen sie in einem Anfall etatistischer Allmachtsphantasien vertrieben wurde. Doch die Familien brauchen die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Berlin-Neukölln wird in ganz Deutschland immer wieder als Beispiel für die schier unlösbaren Aufgaben einer Integration durch Bildung zitiert. Man sollte jedoch auch einmal beschreiben, was dort gelingt: die Wiedergewinnung einer pädagogisch nicht mehr steuerbaren Schule als Zentrum von Bildungsprozessen in einer ganzen Region, die Mobilisierung von Müttern als Bildungsbegleiterinnen ihrer Kinder, die Etablierung eines „Quadratkilometers Bildung“ als Ort des Zusammenwirkens zwischen

Zivilgesellschaft und Schule. Gerade im Bildungsbereich sind in Neukölln gerade in den letzten fünf Jahren weit mehr integrationsorientierte Initiativen in Gang gekommen, als allgemein bekannt ist. Durchweg handelt es sich um Initiativen, die eine Öffnung der Schule in die Zivilgesellschaft einschließen.

Klarheit über den Begriff der Integration ist deshalb wichtig, weil sich auch Integrationshemmnisse nur von hier aus bestimmen lassen; nur dann ist es aber auch möglich, Wege zu ihrer Überwindung zu finden. Solche Integrationshemmnisse sind nicht nur sozialer und wirtschaftlicher Art. Sie haben auch kulturelle und religiöse Komponenten. Zwischen den Religionen und Kulturen gibt es Unterschiede im Verständnis von Menschenwürde und -rechten, insbesondere auch im Blick auf das Verhältnis von Frauen und Männern, die angesprochen werden müssen. Die Debatte über die Verwurzelung muslimischer Bevölkerungsteile in unserer Gesellschaft und insofern auch des Islam in unserer Religionskultur gehört in diesen Zusammenhang. In diesen Zusammenhang gehört aber auch die Notwendigkeit, auf klare Rechtsverstöße mit eben solcher Klarheit zu reagieren. Das ist der dringende Appell, den uns die Jugendrichterin Kirsten Heisig, die bis zu ihrem plötzlichen Tod in Neukölln tätig war, hinterlassen hat. Diese klare Reaktion auf Rechtsverletzungen ist ein notwendiges Element aktiver Integration, nicht etwa eine Alternative dazu.

Die Kenntnis der Sprache und der Verfassungsordnung, die Bereitschaft zu Bildung und Arbeit, die Befolgung des Rechts und der Verzicht auf Gewalt stehen bei der Überwindung von Integrationshemmnissen obenan. Ebenbürtigkeit, Gleichheit und gute Nachbarschaft kann man auch heute als Grundelemente eines guten Zusammenlebens ansehen, wie Willy Brandt das vor vierzig Jahren tat. Man kann ihm auch in der Hoffnung folgen, dass wir die damit beschriebene Reifeprüfung der Völker zumindest befriedigend bestehen. Dafür aber ist es erforderlich, dass wir Ja sagen zu dem, was wir sind: eine Integrationsgesellschaft. In diesem Sinn können wir nicht nur die deutsche Einheit feiern, die vor zwanzig Jahren erreicht wurde. Wir müssen auch an der deutschen Einheit arbeiten, die erst noch vor uns liegt: einer Einheit in Ebenbürtigkeit, Gleichheit und guter Nachbarschaft.

**SCHRIFTENREIHE DER
BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG**

- Heft 1* **Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8
- Heft 2* **Politik für Berlin – Willy Brandt 1957-1966**
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6
- Heft 3* **Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4
- Heft 4* **Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2
- Heft 5* **Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung
Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0
- Heft 6* **Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9
- Heft 7* **Perspektiven aus den Exiljahren**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7
- Heft 8* **Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5
- Heft 9* **Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3
- Heft 10* **Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und
die deutsch-amerikanischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

- Heft 11* **Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5
- Heft 12* **Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund**
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3
- Heft 13* **Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1
- Heft 14* **Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen“ (1969) –
„Mehr Freiheit wagen“ (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft
im Umbruch?**
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X
- Heft 15* **Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8
- Heft 16* **Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6
- Heft 17* **Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemein-
same Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4
- Heft 18* **Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“
(Willy Brandt Lecture 2008)**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2
- Heft 19* **Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche
Einheit**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0
- Heft 20* **Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf
Distanz? Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren
Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

- Heft 21* **Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt? (Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)**
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1
- Heft 22* **Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt (Willy Brandt Lecture 2009)**
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8
- Heft 23* **Wolfgang Huber: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild (Willy Brandt Lecture 2010)**
Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

*Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler*

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die inzwischen vollständige Reihe (Verlag J.H.W. Dietz Nachf.) soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Der Dietz-Verlag bietet einen kostengünstigen Schubser mit allen zehn Bänden an.

Band 1

Hitler ist nicht Deutschland

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2

Zwei Vaterländer

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland

1940-1947

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

*Band 3***Berlin bleibt frei**

Politik in und für Berlin 1947-1966

Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

*Band 4***Auf dem Weg nach vorn**

Willy Brandt und die SPD 1947-1972

Bearb. von Daniela Münkler, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

*Band 5***Die Partei der Freiheit**

Willy Brandt und die SPD 1972-1992

Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

*Band 6***Ein Volk der guten Nachbarn**

Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

*Band 7***Mehr Demokratie wagen**

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974

Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

*Band 8***Über Europa hinaus**

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

Bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

*Band 9***Die Entspannung unzerstörbar machen**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974-1982

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

*Band 10***Gemeinsame Sicherheit**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992

Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, ISBN 3-8012-0310-7

WILLY-BRANDT-STUDIEN*Band 1*Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**

Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

*Band 2*Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966-1974)**

Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

*Band 3*Andreas Wilkens (Hrsg.): **Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

*Band 4*Friedhelm Boll u. Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): **Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1

Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913-1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz

Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913-1992

Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz

Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!

Anforderungen an einen „Brandt-Report“ für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)

Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**

Hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**

Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Neue Architekturführer Nr. 118

Stadt Wandel Verlag

Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9

(auch in Englisch erhältlich)

Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert

Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck von Katharina Bieler, Lübeck 2009

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz war zunächst das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Am 5. März 2010 wurde das Forum Willy Brandt Berlin (Unter den Linden 62-68) als neuer Stiftungsstandort eröffnet.

Die BWBS hat die Aufgabe, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Das Forum Willy Brandt Berlin bietet bis Ende 2011 Sonderausstellungen sowie eine kleine Präsentation zum Leben und Wirken Willy Brandts. Im Sommer 2012 soll eine neue moderne Dauerausstellung eröffnet werden.

Das Forum ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Samstags und sonntags finden jeweils um 13 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das Willy-Brandt-Haus Lübeck (Königstraße 21) mit einer modernen, multimedialen Dauerausstellung eröffnet.

Näheres unter www.willy-brandt-luebeck.de.

BILDNACHWEIS

© BrandIcons GmbH (Cover)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Huber, Wolfgang: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild: Willy Brandt
Lecture 2010 an der Humboldt-Universität zu Berlin**

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2011

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 23)

ISBN 978-3-933090-22-5

www.willy-brandt.de

ISSN 1434-6176

ISBN 978-3-933090-22-5

Bundeskanzler |
Willy Brandt | Stiftung

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d. ö. R.
Forum Willy Brandt Berlin
Unter den Linden 62-68
D-10117 Berlin